



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken V – Mehr und bessere inklusive politische Bildung in allen bayerischen Schulen etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Angebote politischer Bildung und Partizipation für junge Menschen in der Schule auszubauen. Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Projekte:

- Stärkung der Jugendbeteiligung in allen Schulformen, denn Partizipation ist ein erster Schritt hin in die erlebte politische Bildung. Auch beim Ausbau der Ganztagesbildung und Betreuung werden Partizipation und Selbstwirksamkeit als zentrale konzeptuelle Grundsätze verankert.
- Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen und der Schulsozialarbeit. Befähigung der darin beschäftigten Fachkräfte, z. B. durch entsprechende Fortbildungsangeboten, partizipative Prozesse zu begleiten und politische Bildung auch im außercurricularen Bereich zu fördern.
- Der politischen Bildung wird an allen Schulformen und in unterschiedlichen Fächern mehr Zeit gewidmet, Lehrkräfte werden entsprechend fortgebildet. Auch Förderschulen und die Einrichtungen der beruflichen Bildung werden dabei explizit berücksichtigt. Methoden der inklusiven politischen Bildung werden genutzt.
- Vielfalt mit all ihren Dimensionen wird als Anlass politischer Bildung und Diskurs genutzt.
- Erlebnispädagogische Angebote, beispielweise auch Planspiele, an Schulen mit Schwerpunkt auf Selbstwirksamkeit, Partizipation, Vielfalt und Toleranz werden etabliert.

Begründung:

Jugendgerechte politische Bildung beginnt mit den Möglichkeiten zu direkter Beteiligung und dem Erleben von Selbstwirksamkeit: Jugendliche lernen Demokratie, indem sie diese in der eigenen Lebenswelt erfahren. Schule ist ein wesentlicher Teil der Lebenswelt aller jungen Menschen in Bayern, damit besteht hier die Chance, jeden zu erreichen. Partizipation an Schulen ist wesentlich, um Selbstwirksamkeit für Jugendliche erlebbar zu machen, sie eröffnet auch Möglichkeiten, Schule und Bildung jugendgerecht zu gestalten.

Jugendbeteiligung ist ein Aspekt von jugendpolitischer Bildung, andere wesentliche Elemente sind Wissen über politische Prozesse und historische Zusammenhänge sowie Kompetenzen, beispielweise in den Bereichen Artikulation und Argumentation. Vielfalt und Toleranz sind Themenbereiche, die im Rahmen politischer Bildung lebensnah und konkret aufgegriffen werden müssen.

Zur politischen Bildung in einer globalisierten Welt gehört es auch, über den eigenen Tellerrand schauen zu können. Aus diesem Grund ist der niederschwellige Zugang zu Schüleraustauschprogrammen, Klassenfahrten und Sprachkursen essenziell.

Jugendgerechte Bildung hat eigene Formate, sie verbindet häufig Lernen und Erleben, aus der Erfahrung entstehen Wissen und Können. Entscheidend ist, dass politische Bildung und Partizipation kein Privileg sein dürfen, sondern ein Menschenrecht sind. Daher müssen sie zugänglich und inklusiv gestaltet werden.

Weiterführende Informationen:

Politische Bildung hat an der Berufsschule einen (zu) geringen Stellenwert | News4teachers